

Brühler Zeitung

Brühler Volkszeitung - Brühler Volksblatt

Amtsblatt der Stadt Brühl

Bezugspreis:
Durch den Boten frei ins Haus monatlich 80 Pf.
oder durch die Post bezogen vierteljährlich 2 40 Mk.

Telegramm-Adresse: Brühler Zeitung Brühl
Fernruf 108 und 109.

Postfach-Konto Köln Nr. 12742 .: Geschäftsstelle: Schloßstraße 23

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile oder deren Raum 20 Pf.
im Reklamenteil 75 Pfennig.

Für Bekanntmachungen, notarielle, gerichtliche und
Finanz-Anzeigen 25 Pfennig.

Nr. 7

Donnerstag, 9 Januar 1919

2. Jahrgang.

Der Erzbischof von Köln,

Felix Kardinal von Hartmann hat an seine Erzbischöfe folgenden Erlaß gegeben:

Geliebte Erzbischöfe! Am 19. und 26. Januar d. Js. finden die Wahlen für die Nationalversammlungen statt. Von den Beschlüssen dieser Versammlungen hängt vorwiegend das Wohl und Wehe unseres geliebten Vaterlandes und die Zukunft unserer hl. katholischen Kirche in deutschen Landen in hohem Grade ab. Ich halte es deshalb für eine gebieterische Pflicht meines Oberhirtenamtes, euch eindringlich an die Pflichten zu erinnern, die euch nicht bloß als Staatsbürgern, sondern auch als treuen Kindern der katholischen Kirche bei den bevorstehenden Wahlen obliegen. Denn nach den Erfahrungen der letzten Wochen kann es nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß man in weiten Kreisen mit allem Eifer an der Arbeit ist, die katholische Kirche ihrer Grundrechte zu berauben und ihr die äußere Stellung zu nehmen, die ihr nach göttlichem und menschlichem Rechte gebührt. Es soll der Staat von der Kirche getrennt werden, damit die Wirksamkeit der Kirche gehemmt, ihr Einfluß gebrochen werde. Es sollen der Kirche die Mittel geraubt werden, deren sie zur Erfüllung ihrer Mission unter den Menschen bedarf. Dabei soll eine Schule eingerichtet werden ohne Gott und ohne Religion, ohne Religionsunterricht und ohne Religionsübung. Ueber alle diese Fragen, die unsere heiligsten Interessen berühren, werden die Nationalversammlungen Beschlüsse zu fassen haben. Darum ist es offensichtlich von der größten Bedeutung, daß wir in die Versammlungen als unsere Vertreter nur solche Männer und Frauen entsenden, die geeignet und gewillt sind, den göttlichen Bestrebungen, die sich gegenwärtig breit machen, einen festen Damm entgegenzusetzen.

Ich wende mich daher an alle meine Erzbischöfe, besonders an die Frauen, die jetzt zum erstenmal an die Wahlurne berufen sind, und ermahne sie so eindringlich, als ich es vermag, bei den bevorstehenden Wahlen ihrer Pflicht als Kandidaten eingedenk zu bleiben und darum ohne Ausnahme gewissenhaft an dem Wahlakte sich zu beteiligen. Vergesse nicht, welche Verantwortung ihr auf euch laßt, wenn ihr von der Wahl fern bleibt und dadurch einem unglücklichen Ausfalle derselben Vorschub leistet. Wählet dann nur solche Vertreter, die das rechte Verständnis haben von der Bedeutung und Tragweite der großen Fragen, die gegenwärtig die Geister bewegen, wählet nur solche, die mutig und unerschrocken einstehen für Religion und Sittlichkeit, die mit aller Kraft und Entschiedenheit sich denen widersetzen, die die Religion aus den Staatseinrichtungen, aus den Schulen und Familien verbannen wollen. Solcher Abgeordneter bedarf die Kirche in den Nationalversammlungen, und solche Abgeordnete gereichen auch dem Vaterlande zum Segen.

Wenden wir uns alle wohl bewußt, daß wir einst vor Gottes Richterstuhl darüber Rechenschaft werden ab-

legen müssen, wie wir unsere Wahlpflicht erfüllt haben. Wählen wir darum so, daß wir damit vor Gott bestehen können.

Schließlich mache ich es noch den Herren Pfarrgeistlichen zur Pflicht, in entsprechender Weise namentlich auch durch Heranziehung geeigneter Organisationen dahin zu wirken, daß diejenigen Wahlberechtigten ihrer Gemeinde, welche sie als gutgesinnte Katholiken kennen, möglichst vollständig an der Wahl sich beteiligen.

Wer hat bis jetzt Frieden und Brot verhindert?
Antwort: Die Sozialdemokratie.

Leitsätze für die Politik der deutschen Zentrumsparlei.

B. Wirtschafts- u. Sozialpolitik.

24. Geordneter Aufbau der Volkswirtschaft im Dienste der sozialen Gerechtigkeit und des Gemeinwohls auf Grundlage der produktiven Arbeit, Grundsätzliche Erhaltung der auf persönlichem Eigentum beruhenden, nach dem Solidaritätsprinzip dem Gesamtwohl der Gesellschaft untergeordneten Privatwirtschaft.

25. Sicherung der Volksernährung durch planmäßige Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

26. Gemeinnützige Bodenpolitik. Durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform. Innere Kolonisation. Mehrung und Erweiterung der häuslichen Betriebe unter Heranziehung von Staatsdomänen und unwirtschaftlich ausgebeuteten Großgrundbesitzes gegen Entschädigung.

27. Schutz und ausgleichende Förderung der einzelnen Berufsstände als notwendiger Glieder eines gesunden Wirtschaftskörpers, insbesondere Aufrechterhaltung eines lebenskräftigen Mittelstandes; Erhaltung eines leistungsfähigen Bauernstandes, Hebung des durch den Krieg schwer geschädigten Handwerkerstandes, mittels Zuweisung von Rohstoffen, Arbeit und Kapital, Wahrung der berechtigten Interessen der Kaufmannschaft, Abbau der Kriegswirtschaftsähnlichen Organisation, Schutz der Erzeuger wie der Verbraucher und ihrer Organisationen.

28. Fortführung der Sozialpolitik für die städtische und ländliche Bevölkerung unter stärkster Betonung der Persönlichkeit und Menschenwürde.

29. Fortbildung der Rechtspflege im Sinne erhöhter sozialer Gerechtigkeit und vermehrten wirtschaftlichen Schutzes gegen Wucher, unlauteren Wettbewerb, Uebervorteilung und Ausbeutung aller Art, Rechtsprechung durch un-

abhängige Berufsrichter unter Zuziehung von Laien in erster und zweiter Instanz der Gerichte.

30. Gewissenhafte und weitherzige Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene; Verbesserung des Rentenfeststellungsverfahrens durch Schaffung von Rechtsgarantien, Einführung eines Heimstättenrechts unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer.

Warum bekennst du die christliche Frau auch am Wahltag als christlich?

Andere Parteien begnügen sich zu sagen: „Wir arbeiten nicht gegen das Christentum.“ Aber das Zentrum als christliche Volkspartei sagt mehr: Es sagt: „Wir arbeiten aber auch nicht ohne Christentum im öffentlichen Leben, sondern mit dem Christentum.“ Das ist der Frauenvolk aus der Seele gesprochen.

Die christliche Frauenwelt weiß, welche unerföhlliche Kulturkraft Religion im allgemeinen und das Christentum insbesondere darstellt. Das Christentum hat die Frau von dem Schmutz des Heidentums in mühsamer Arbeit emporgehoben, hat die Mutterwürde und das Kind des Lebens durch die Heiligkeit der Eiche aus der Entartung errettet, hat die Tyrannei der Männerwelt gebrochen, das Familienglied erneuert.

Viele sozialdemokratische Frauen und Männer erkennen das dankbar an. Aber die sozialdemokratischen Geistesführer, die wirklich maßgebenden Männer, Frauen, Zeitungen, Bücher und Schriften, vor allem das meistgelesene Buch Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“ sind antichristlich, verrannt in neubüderische Ideale. Einzelne edle sozialdemokratische Seelen suchen ehrlich Ausweg und Rückkehr zum Besseren. Wir bieten ihnen die Hand zu ehrlcher Zusammenarbeit für Frauenwürde, Kindesglück, Familienwohl und Volkserneuerung im Geiste des Christentums, durch eine christliche Volkspartei. Deshalb wählen am Wahltag die christlichen Frauen die Liste der christlichen Volkspartei, des Zentrums.

Zur Lage.

Die Lage in Berlin.

Berlin, 8. Januar. Das allgemeine Bild der Stadt ist heute morgen insofern weiter verändert, als der Straßenbahnverkehr völlig eingestellt ist. Deshalb sind die Züge der Hoch- und Untergrundbahn überfüllt. Der Fernverkehr ist, nachdem sich die Regierungstruppen der Eisenbahndirektion Berlin wieder bemächtigt haben, wieder im Gange, mit Ausnahme der Züge, die vom Schlesischen Bahnhof abgehen. Dieser Bahnhof steht noch unter der Herrschaft der Spartakiden. Zwischen der Regierung und den Gegentruppen geführte Verhandlungen haben noch zu keiner Einigung geführt, und zwar deshalb, weil die Regierung an ihrer Forderung festhält, nicht früher

Beide nahmen an, Juliane mit einer leichten Wendung des Kopfes nach Raden und mit der etwas obenhin ausgesprochenen Frage: „Du gestattest doch?“ „Gewiß, wenn es sich um den Wunsch der höchsten Herrschaften handelt.“

Er gab diese Zustimmung mit der Geschwindigkeit eines vollendeten Hofmannes, nur die junge Frau bemerkte, wie selbstsam es dabei in seinen Augen aufblitzte.

Man sprach über das Programm. Die Generalin mußte sich wider ihre Gewohnheit mit der Rolle einer schweigenden Zuhörerin begnügen und ihr Unbehagen wuchs von Minute zu Minute. Die Etikette würde natürlich verboten haben, früher als der hohe Herr aufzubrechen. Als dieser schied, entfernten sich auch Radens unmittelbar darauf und Juliane folgte der Aufforderung Horst's mitzukommen, blickte aber schweigend aus dem Fenster, und tat nichts, um die plötzlich eingetretene Spannung zu bekämpfen. Ihr alter, angeborenes Troß wollte wieder auf.

„Warum stichst du immer und schmeigst, wenn es doch nichts half?“

Während des Mittagessens reichte ihr Raden ein zierliches mit Krone und Monogramm geschmücktes Briefchen.

„Die Gräfin Tornau hofft, uns übermorgen zum Souper bei sich zu sehen.“

„Es tut mir leid, aber ich habe Mama bereits zugesagt. Mittwoch wollen wir die erste Probe abhalten.“

„Die Könnte ja wohl verschoben werden.“

„Nein, da sie nun einmal festgesetzt ist und alle Beteiligten davon in Kenntnis gesetzt sind. Habe die Güte, mich zu entschuldigen!“

„Gut! Wie es Dir beliebt!“

Raden und verdrissen erhoben sich die Gatten von dem Tische.

„Wenn er mich noch einmal in freundschaftlichem Tone bittet, dann soll sein Wunsch erfüllt werden,“ beschloß Juliane heimlich. Allein die erwartete Bitte wurde nicht an sie gerichtet, und so fuhr sie denn am Mittwoch nach dem Hotel Sch... indes die Schwiegereltern und Horst der erhaltenen Einladung Folge leisteten.

Ungleiches Naturen.

Roman von V. Corong.

„Johanna ist ein Stern, der sich nicht in das erbärmliche Treiben, das Intriguenwesen, in den verächtlichen Kampf der Alltagswelt herabziehen läßt. Wer sie zu beschimpfen wagt, auf den prallen die Steine, welche er nach ihr wirft, zurück. Und nun lasse uns über diesen Punkt schweigen. Es täte nicht gut, wenn Du ihn noch einmal berühren wollest.“

Stumm und blaß stand Juliane da. „Ich habe mich über Gebühr hinreichend lassen,“ sagte Horst nach längerem Schweigen, sich gleichsam auf sich selbst befeuernd. „Nimm es mir nicht übel.“

„O nein.“ „Es tut mir nur leid, Dich von Deinem eigenen, durch tausend Nichtigkeiten beeinflussten Urteile irre geführt zu sehen. Du wirst Dich nicht wieder so äußern, nicht wahr?“

„Ne wieder.“

„Ich hab Dich ja lieb, Juliane, aber Dein kleiner Kopf steckt voll von verdrehten Ideen. Die mußt Du aufgeben. Das ist die Nachwirkung der Vergangenheit und einer verfehlten Erziehungsmethode. Man hat Dir, von übergroßer Härte, verlehrt, das Leben ganz anders geschildert, wie es in Wirklichkeit ist.“

„Ganz anders.“

„Aber Du wirst ja doch noch mein vernünftiges Weibchen werden.“

Als sie schwieg, drückte er, ihre Verstimmlung für ausgesprochene Bejahung haltend, einen Kuß auf den roten Mund.

„Wie heiß Deine Lippen sind, was erregt Du mich denn ohne Grund? Na, die Sache wäre beigelegt und in bester Ordnung, nicht wahr, Lieb? Du bist kuriert von Deiner Torheit?“

„Ich glaube es.“

„Sehe wohl. Und wenn ich wiederkomme, gelbst Du mir ein freundliches Gesichtchen. Auf Wiedersehen, kleiner, dummes Schach.“

„Sie wandte sich los und eilte fort, ohne zu antworten.“

„Er liebte Johanna, o, er liebte sie!“ schien es ihr, wie

von tausend höhnenden Stimmen gerufen, in die Ohren zu klingen. „Dein ist das Recht. Horst's Name gehört Dir, niemand kann Dich von Deinem Plaze verdrängen, aber was Du in der Hand hältst, ist nur die leere Schale, den kostbaren Inhalt raubte Dir eine andere und wird ihn nie wieder herausgeben — nie!“

Und vor den Spiegel tretend, fragte sie sich: „Ist Johanna schöner als ich? — Nein! Ist sie talentierter? — Nein! Ich kenne keine außerordentliche Begabung an ihr. Fesselt ihn der Geist? — Nein, den läßt sie nur sanft funkeln. Und dann, niemand verdrängt kälter und zurückhaltender zu sein.“ Und plötzlich meinte sie, des Rätsels Lösung gefunden zu haben. — Gerade diese herbe, schroffe Ralte war vielleicht die wirksamste Waffe, deren sich die Komtesse bediente. „Er achtet meine Härlichkeit nicht, weil ich sie ihm zu offen, zu unverhüllt darbringe. Gut! Sie soll ihm künftig nicht mehr zu Füßen liegen, wie ein Wiesenblümchen, das man gleichzeitig zertritt. Die Mutter hat recht. Indem ich meinen eigenen Wert unterschätze, willkürige ich ihn auch in Radens Augen herab. Was es denn anders werden!“

Der General und die Generalin erwiderten den Besuch des Baron C... und seiner Gemahlin, Frau von Raden hatte zu ihrer Schwiegertochter hinaufgesehen und sie eingeladen mitzukommen, aber Juliane war bereits fort.

Die alten Leute trafen sie bei den Eltern inmitten eines andärseligen Künstlerkreises. Sereno, Hofkapellmeister B., die ersten Sänger und Sängerinnen des kleinen, aber vorzüglich geleiteten Hoftheaters waren hier versammelt und außerdem die Spitzen der Behörden und des vornehmsten, unter dem Protektorat der Fürstin stehenden Frauenvereins. Galt es doch, die sehr berühmte Primadonna zur Mitwirkung in einem Konzert zu bewegen, dessen Ertrag für die Armen der Stadt bestimmt war.

Die Senora sagte mit liebenswürdigster Bereitwilligkeit zu. Später sollte die Equipage des Erbpriuzen vor, und zwar im selben Moment, wo Horst erschien. Prinz Albert kam im Auftrage des Fürstpaars, welches Italiens größter Beifall einem sehr freundlichen Empfang gewährt hatte und überbrachte sowohl der gefeierten Künstlerin wie ihrer Tochter die Einladung, in einem Hofkonzert zu singen.

zu verhandeln, bis die Zeitungen, insbesondere der Vorwärts, freigegeben sind. Die Gegenpartei weigert sich nicht, diese Forderung zu erfüllen, doch soll die Räumung nicht vor Beginn der Verhandlungen mit der Regierung geschehen. In diesem Punkt sind die Verhandlungen abgebrochen worden, um heute morgen fortgesetzt zu werden. Bis spät in die Nacht wurden gestern auf den Straßen Schüsse gewechselt. In den Straßen standen große Gruppen der Mehrheitssozialisten, der Unabhängigen und der Spartakusleute.

Die Unterbindung der Regierungstätigkeit.

Berlin, 8. Januar. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt heute morgen vollkommen zutreffend, daß der Zustand, wie er heute in Deutschland vorhanden sei, auf den Verband den Eindruck völliger Auflösung machen müsse. Das Chaos habe auch auf die Reichsämter übergreifen und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Brodowski-Rankau soll dem Rat der Volksbeauftragten bereits erklärt haben, daß es nicht möglich sei, in dem jetzigen Zustand, in dem sich Berlin befindet, Politik zu machen und zu regieren. Tatsächlich arbeite das Auswärtige Amt nur noch unregelmäßig, schon wegen der Verkehrsnot, die die Beamten verhindere, ins Amt zu gelangen. So sei von einer Regierungstätigkeit kaum noch die Rede, und man befände sich fast in dem Zustand der Anarchie. Die Blätter der Verlage Ullstein, Mosse und Scherl sind heute wiederum nicht erschienen. Es fehlt auf der Straße heute auch die Rote Fahne, was vielleicht auf eine Besetzung dieser Spartakusdruckerei hindeutet, doch liegen darüber keine bestimmten Nachrichten vor. Die Hoffnung auf Besserung klammert sich also an die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien, die heute morgen 10 Uhr erfolgen soll.

Um das Brandenburger Tor.

Berlin, 8. Januar. Zurzeit sind noch heftige Kämpfe am Brandenburger Tor. Die Unabhängigen wollen das Brandenburger Tor wiedernehmen. Regierungstruppen kämpfen mit Artillerie gegen Unabhängige. Die Reichsdruckerei ist noch nicht entsetzt. Sie befindet sich in den Händen der Spartakusleute und Unabhängigen. Die Spartakusleute haben dort einen Arbeiterrat aufgestellt, der die Reichsdruckerei leitet.

Neue Schießereien.

Berlin, 7. Januar. Zu einer Schießerei kam es gestern vormittag gegen 10.15 Uhr in der Lindenstraße. Dort hatten sich noch immer kleine Trupps eingefunden, die lebhaft diskutierten. Plötzlich naht ein Zug, von dem sich später herausstellte, daß es Anhänger der Unabhängigen waren, und es fiel aus einem der Häuser ein Schuß. Die im Vorwärts untergebrachten Leute eilten auf die Straße und erwiderten das Feuer auf den Fenster, aus dem geschossen sein sollte. Glücklicherweise gab es weder Tote noch Verletzte. — Auf dem Pariser Platz versuchten Spartakusleute in das Hotel Adlon einzudringen mit der Behauptung, daß auf dem Dach des Hauses Maschinenengewehre aufgestellt wären. Daraufhin begaben sich einige italienische Offiziere, die im Hotel Adlon wohnen, auf das Dach, und überzeugten sich, daß sich dort keine Maschinenengewehre befanden, daß dagegen dort einige amerikanische Kinooperatoren Aufstellung genommen hatten, die die ganzen Kämpfe, die sich in der Umgebung abgespielt haben, kinematographisch aufgenommen haben.

Die Haltung der „Unabhängigen“

Berlin, 8. Januar. Die „unabhängige“ Freiheit erfährt über die Lage: Die Situation hat sich seit gestern wenig geändert. Die Verhandlungen wurden bis in die frühen Morgenstunden fortgeführt und heute um 11 Uhr wieder aufgenommen. Der Zentralvorstand der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei hat heute nicht zum Waffenstillstand aufgefordert. Die Arbeiter sollen in den Betrie-

ben vormittags eine eventuelle neue Parole abwarten. Die Aufforderung der Roten Fahne, trägt, fohiel wir wissen, die Unterschrift des Parteivorstandes der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei zu unrecht. Die Lage bleibt weiter gespannt, doch darf man hoffen, daß die Verhandlungen zur Entspannung führen werden. Wir wiederholen unsere Aufforderung, daß die Anhänger aller Parteien die Verhandlungen nicht durch Aktionen auf eigne Faust stören sollen. Es muß vermieden werden, daß aus neue Blut fließt. Die Parteileitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, hat beschlossen, eine Vermittlung zu suchen. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, bot sie den Parteien ihre guten Dienste an. Sie schlug dem Zentralrat und der Reichsregierung auf der einen Seite und dem Zentralvorstand der unabhängigen Sozialisten in Berlin und den revolutionären Ob- und Vertrauensleuten auf der anderen Seite vor, in Verhandlungen einzutreten, um die Differenzen einer Konferenz zur Schlichtung zu überweisen. Nach einer Meldung der Freiheit, hat am gestrigen Tag durch Verordnung der Reichsregierung in Vertretung des Leutnants Fischer, der Oberstleutnant Baupel die Geschäfte der Berliner Kommandantur bis auf weiteres übernommen. Hauptmann Maas wurde ihm zugeteilt. Nach der Freiheit haben die Franzosen Protest erhoben gegen die Hinzuziehung unaufgeklärter Truppen, die in Berlin lagern sollen. Des weiteren protestieren sie noch gegen die Einsetzung des Oberstleutnants Baupel und des Hauptmanns Maas als Volksbeauftragte durch die Regierung.

Bolschewismus in Düsseldorf

Düsseldorf, 8. Januar. In der Rheinischen Metallwarenfabrik haben 13 000 Arbeiter eine Versammlung abgehalten, einen neuen Ausschuss gewählt und den alten Arbeiterrat abgesetzt und der Verwaltung folgende Forderungen vorgebracht: 1. Festsetzung einer der Zeit entsprechenden Entlohnung, 2. sofortige Beseitigung aller Arbeitsarbeit und eine einheitliche Lohnregelung, 3. die Lohnregelung soll auf eine neue Grundlage gestellt werden, Weiterbeschäftigung der Kriegsinvaliden und Entlassungen nur unter Zustimmung des Arbeiterrats. Die Verwaltung erklärt, unter dem Zwange Folge zu leisten und die Forderungen zu gewähren unter ausdrücklichem Hinweis, daß die Verantwortung für die Forderungen allein dem neuen Aktionsausschuss, der sich als Anhänger der Kommunisten erklärt, zur Last falle.

Die Düsseldorf Nachrichten sind heute unter dem Titel „Rote Fahne vom Niederrhein“ erschienen. Wie sie berichten, sind sie heute nacht von Anhängern der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) und der Unabhängigen besetzt und die Schriftleitung und die Druckerei gezwungen worden, das Blatt in dieser veränderten Form unter Weglassung aller beanstandeten Artikel und Nachrichten erscheinen zu lassen.

Die Wahlen zur badischen Nationalversammlung.

Karlsruhe, 8. Januar. Die gestern vorgenommenen Wahlen zur badischen Nationalversammlung haben in den vier Wahlkreisen, in die das ganze Land eingeteilt war, zu folgenden Ergebnissen geführt: Es sind gewählt 41 Zentrumsabgeordnete, 35 Sozialdemokraten, 24 Demokraten und 7 Deutschnationale. Beachtenswert ist vor allen Dingen die schwere Niederlage, die die Gruppe der Unabhängigen erlitten hat. Sie hat von rund 1 Million abgegebenen Stimmen nur 14 600 auf sich vereinigen können; das ist etwas mehr als ein Zehntel v. H. Sie geht infolgedessen leer aus und wird in der badischen Nationalversammlung nicht vertreten sein. Das ist eine deutliche Antwort des badischen Volkes, daß es von dem Ueberrationalismus der äußersten Linken nichts wissen will. Aber auch die Mehrheitssozialisten haben allein nur eine Minderheit erlangen können.

So lautet der Wahlspruch Sr. Durchlaucht des Fürsten Wladimir Orloff.

Seit einiger Zeit freilich wird es ihm schwer, seinen Wahlspruch treu zu bleiben.

Das plötzliche Verschwinden des jungen Geschöpfes, das er noch vor kurzem mit der ganzen Glut seines ungegähgerten Temperaments zu lieben glaubte, beunruhigt ihn weit weniger, als das Verschwinden Maruschkas. Zuerst meinte er, Maruschka werde nach der kleinen Villa hinter der Hofenbude zurückkehren. Als jedoch Tag auf Tag vergeht und der alte Zwan auf jede Frage nur mit philosophischer Ruhe den weißen Kopf schüttelt — da merkt der Fürst doch, daß es Maruschka ernst war mit ihrer Drohung.

Doch auch hierüber würde er sich mit weltmännischer Leichtigkeit hinwegsetzen. Was kann ihm schließlich Maruschka auch anhaben? Daß er sie belogen hat? Bah, wer fragt danach? Höchstens auslachen würde man sie wegen ihrer Leichtgläubigkeit!

Etwas anderes ist es, das es ihm jetzt oft schwer macht, die lächelnde Maske aufzulegen: Fürcht vor Boris Slawsky. Von Tag zu Tag wurde der unverfälschte Patron zudringlicher und seine versteckte Drohung offener. Und der Fürst besitzt nicht den Mut, dieselbe mit der ihm sonst eigenen Brutalität zurückzuweisen. Er fühlt, wie das Geheimnis, das den unerwarteten Tod seines Vaters, des Fürsten Alexander, umschwebt, eine eiserne Kette bildet, die ihn, den Fürsten Wladimir Orloff, und seinen Schergen Boris Slawsky für immer aneinander geschnürt hat.

Nur ein Mittel gibt es, um sich von diesem ihm unbequemen Menschen zu befreien. Freilich, ein furchtbares, graufames Mittel...

Aber der Fürst scheut nicht davor zurück.

Er denunziert den früheren Löwenbändiger Boris Slawsky beim russischen Konsul wegen „anarchistischer Umtriebe“.

Was dann folgen muß, glaubt er zu wissen.

Trotzdem ist ihm bei der Sache nicht ganz wohl zumute. Er verläßt deshalb Nizza für einige Tage und begibt sich nach Monte Carlo. Und die dortigen „Stammgäste“ raunen sich Wunderdinge zu über die Launeffekte,

Im Stich gelassenes Eisenbahnmateriale.

Berlin, 7. Januar. Nach Bekanntmachung der belgischen Eisenbahnverwaltung befinden sich auf den belgischen Eisenbahnen noch 23 000 deutsche Eisenbahnwagen mit Munition, Kriegsmaterial und Lebensmitteln, die von den Deutschen zurückgelassen worden sind.

Freiheit! Frieden! Brot!

Die „Freiheit“ der Sozialdemokratie ist die willkürliche Herrschaft einer einzelnen Klasse unter Ausschluss der anderen, Den Frieden schliessen die Gegner nicht mit der sozialistischen „Räteregierung“ und den sogenannten „Volksbeauftragten“.

Brot zu beschaffen rührt die sozialistische „Regierung“ keinen Finger; sie will nur ihre Herrschaft befestigen.

Darum keine Stimme der Sozialdemokratie!

Deutsches Reich.

Der Schrei nach Druckpapier

Immer trostloser gestalten sich die Verhältnisse auf dem Papiermarkt, namentlich bezüglich des Zeitungspapieres. In einer Auslassung der jetzigen Regierung wird die Lage u. a. wie folgt geschildert:

„Die Rohstofflieferung und die Arbeitsverhältnisse in den Papierfabriken sind so schlimm, daß die Produktion außerordentlich zurückgegangen ist, und die wilden Streiks in Oberschlesien und im Ruhrgebiet haben die Absatz der Reichsstellen, die Zeitungspapierproduktion mit allen Mitteln zu heben, zur Unmöglichkeit gemacht. Der Schrei nach Papier, der unter solchen Umständen erhoben wird, muß deshalb ohne Wirkung verhallen. Die Einschränkung des Druckpapierverbrauches muß allen Zeitungen prozentual gleichmäßig treffen. Wenn nicht ein einfacher Raub und eine einfache Auflösung der bestehenden Papierbewirtschaftung eintreten sollen, so müssen die Forderungen nach einer vergrößerten Papierbelieferung und nach weiteren Neugründungen endlich aufhören. Wenn die Spartakusleute weiterhin die wilden Streiks in den Kohlenbezirken propagieren und die Arbeitsfreudigkeit überall untergraben, so werden sie sich nicht wundern dürfen, wenn in absehbarer Zeit noch weniger Druckpapier vorhanden ist, als jetzt.“

In einer besonders üblen Lage befinden sich die Zeitungen im linksrheinischen Gebiet wegen der bestehenden Transportschwierigkeiten. Manche Zeitungen erscheinen daher nur noch in halbem Format oder werden auf Packpapier gedruckt. Das trifft sie umso härter, als während der Wahlbewegung der Bedarf an Papier für Flugblätter usw. ein bedeutend größerer ist wie sonst. Hoffentlich nehmen die streikenden Arbeiter endlich Vernunft an und sehen ein, daß sie sich selbst nur ins Fleisch schneiden und vor allem Tausenden ihrer Kollegen in Papierfabriken und Druckereien Schaden und eventuell brotlos machen.

Totales und Umgebung.

Brühl, 9. Januar. Zentrumsparlei. Dank dem Entgegenkommen der britischen Militärbehörden ist der

Se. Durchlaucht in dem Spieler-Edorado veranstaltete und bei denen die Goldstücke mit vollen Händen ausgeschüttet und die Tausendfrankcheine von den übermütigen Festteilnehmern buchstäblich als Fidißusse für die Zigaretten benutzt wurden.

Müde, abgespannt, fahnenjämmerlich, angehaucht, kehrt Se. Durchlaucht nach Nizza zurück, wo ihn der Portier seines Hotels sofort mit der Nachricht empfängt, ein Beamter vom russischen Konsulat habe bereits mehrere Male nach dem Herrn Fürsten gefragt. Se. Durchlaucht solle sich nach seiner Rückkehr unverzüglich beim Herrn Generalkonsul melden.

Fürst Orloff triumphiert. Er glaubt, seiner Sache sicher zu sein.

Schon an demselben Tage fährt er beim russischen Konsulat vor.

Siegesgewiß tritt er ein. Doch der Herr Generalkonsul empfängt ihn mit kurzer Verbeugung. Kein Händeschütteln, Nicht einmal ein Stuhl anbieten.

„Sie haben eine Anzeige gegen einen gewissen Boris Slawsky gemacht wegen angeblicher anarchistischer Umtriebe? Sind Sie sich klar, darüber, was eine solche Anzeige bedeutet?“

„Ich bin Russe und kenne die Gewohnheiten meines Landes, Monsieur!“ lautet die hochmütige Erwiderung. „Der Beschuldigte stand vor Jahren in Ihren Diensten?“

Der Fürst, staunt.

„Gehört das hierher, Monsieur?“

„Es gehört hierher, Durchlaucht.“

„Gut denn! Ja, er stand vorübergehend in meinen Diensten.“

„Als Ihr Bereiter oder Reitknecht?“

Leichte Unruhe bemächtigt sich des Fürsten. Doch erwidert er mit gemachter Nonchalance:

„Ich glaube wohl!“

„Und vorher stand er in derselben Eigenschaft in den Diensten Ihres verstorbenen Vaters, des Fürsten Alexander Orloff?“

„Das — das weiß ich nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Irrlichter des Glücks.

Ein Gesellschaftsroman von der Riviera.
Von Erich Friesen.

55. Nachdruck verboten.

Und eine Zeit kommt, da fühlen beide sich so weit mit offenem Munde und vor stäuben glänzenden Augen gekräftigt, daß sie ihre Erlebnisse austauschen können. Und lauscht die Kunstreiterin der ihren Ohren märchenhaft klingenden Erzählung der Leidensgefährtin.

„Sie kommen mir vor wie eine verzauberte Prinzessin,“ meinte sie bewundernd. „Was werden Sie nun tun, wenn Sie von hier entlassen werden?“

Ein tiefer Seufzer entringt sich Mirjams Brust.

„Ach Blande, daran mag ich noch gar nicht denken! Wenn ich Maruschka nicht wiederfinde und sie mich doch noch nach Marseille zu den guten Schwestern des Klosters sacre coeur bringt.“

Die kleine Kunstreiterin entgegnet nichts. Aber als sie soweit ist, daß sie einen Brief schreiben kann, bittet sie um Papier und Bleifeder und kriegt einen ganzen Bogen voll. Als Mirjam sie fragt, für wen das lange Geschreibsel bestimmt ist, macht sie ein geheimnisvolles Gesicht. Dann malt sie mit großen, ungelenten Schriftzügen die Adresse:

„Schwester Benedetta. Kloster sacre coeur, Marseille.“

18.

Nach außen hin trägt Fürst Wladimir Orloff noch immer die glatte, weltmännische Maske zur Schau.

Niemand weiß, wie Se. Durchlaucht oft bis tief in die Nacht hinein vor dem Toilettenspiegel sitzt und jede Miene seines Gesichts studiert; wie er jedes Fältchen sorgsam glättet und jeden erschlafenen Muskel so lange bearbeitet, bis er die gewohnte Elastizität wiedergewonnen hat. Und wenn dann die lächelnde Maske wieder da ist — so nicht Se. Durchlaucht befriedigt seinem Spiegelbilde zu.

„Nur immer die Maske hübsch vorhalten! Niemals sein wahres Gesicht zeigen! Das ist das Geheimnis der meisten Menschen, die auf der Höhe des Lebens daherschwanden!“

Zentrumspartei der große Saal der Hubertusburg bei Konrad Weisweiler für eine Wahlversammlung am Sonntag, 12. Januar, nachmittags 4 Uhr, freigegeben. Hervorragende auswärtige Redner haben ihr Erscheinen zugesagt. An die Zentrumswähler von Brühl-Stadt und Brühl-Land ergeht der dringende Ruf: Auf zur machtvollen Rundgebung für die auf dem Boden der Ordnung stehenden Zentrumspartei!

Brühl, 9. Januar. Protestversammlung. Der Einigungsgebanke unter den verschiedenen Religionsgemeinschaften hat sich auch hier erfreulicherweise Bahn gebrochen. Dies bewies der äußerst starke Besuch der am Dienstag Abend 6 Uhr im Raumannschen Saale abgehaltenen Protestversammlung, worüber wir in der gestrigen Nummer kurz berichteten. Es galt hierbei einmütigen Widerspruch einzulegen gegen die kulturellen Erlasse v. Hoffmann-Schönemann. Jung und Alt, Arm und Reich, waren erschienen, um sich zu stärken an den berechneten Ausführungen der verschiedenen Redner. Hier wurde nicht der süße Honigseim verabfolgt, den man sonst bei den Gegnern in wohlgepflanzten und phrasenhaften Reden leichtes Kaufes haben kann. Nein, hier kam das ganze Empfinden eines religiösen Menschen zum Ausdruck, der aus tiefster Ueberzeugung an ein höheres Wesen glaubt und darnach seine irdische Laufbahn einstellt. So konnte es nicht ausbleiben, daß die Versammlung einen imposanten Verlauf nahm, der den impulsiven Ausdruck der Entrüstung über die gesetzwidrigen Erlasse in der einstimmigen Annahme der ebenfalls bereits mitgeteilten Entschließung fand. Kurz nach sechs Uhr eröffnete der hochw. Herr Ehrenbevollmächtigter Herr Dr. Flecken, die Versammlung und erteilte hierauf als ersten Redner Herr Professor Rudolph das Wort. Derselbe gab zunächst seiner Freude über den so zahlreichen Besuch Ausdruck und ging dann des Näheren auf die Erlasse ein, die der Redner als einen rechtswidrigen Eingriff in die zu Recht bestehende Gesetzgebung bezeichnete. Der Artikel 24, Absatz 2 der preussischen Verfassung bestimme ausdrücklich, daß der Religionsunterricht von den Religionsgesellschaften geleitet werden müsse. Die Sozialdemokraten seien stets dafür gewesen, daß alles durch Gesetz geregelt werden solle. Jetzt aber, als sie sich an der Spitze wähnten, griffen sie durch Verordnungen einzugreifen zu müssen. Alle christlichen Elemente müßten die Zeichen der Zeit verstehen und zusammengehen. Das Christentum müßte die Trägerin der Kultur sein und bleiben. Niemals dürften die Seelen unserer Kinder angetastet werden, die uns gehörten. Die Erlasse müßten unter allen Umständen aufgehoben werden, wenn es noch eine Freiheit in Deutschland geben solle. Auch gegen die Bildung von Schülerräten müsse protestiert werden. Dagegen müßten sich überall Eltern-Ausschüsse bilden, die eine starke, durchdringende religiöse Erziehung der Kinder erstreben, die gerade in der heutigen Zeit so dringend notwendig sei. Herr Dr. Flecken, der inzwischen eingetroffen war, sprach dem Redner den warmsten Dank der Versammlung aus. Als zweite Rednerin sprach Frau Redakteur Klein. Die geschätzte Dame verstand es, in wohlgeordneter Rede, namentlich die Frauen für die gerechte Sache zu begeistern. Sie forderte einen engen Zusammenschluß zwischen Schule und Elternhaus zur Heranbildung eines freien, aber auch eines frommen Geschlechtes. Herr Gymnasialdirektor Professor Oberle fand als dritter Redner ebenfalls passende Worte der Entrüstung als christgläubiger Pädagoge über die tief in das Volksleben einschneidenden Verordnungen. Zu den Schülerräten müßte sich eigentlich, wie der Redner in scharfem Tone meinte, auch der Rat der Ehegatten und der Rat der Desserteure (die von den Lehranstalten wegen ungebührlichen Betragens entfernten Schüler) gesellen. Vierzehn Jahre habe das deutsche Volk soviel gelitten, was in 10 Friedensjahren nicht wieder eingeholt werden könnte. Deshalb forderte der Redner für die Schule (die so notwendige Ruhe um arbeiten und wieder aufbauen zu können. Mit erhobener Stimme rief der Redner dem deutschen Volke zu, es möge aufwachen, denn die heiligsten Güter ständen in Gefahr. Es müßte gesorgt werden, daß dem schwer geprüften Volke nicht die letzte Stütze, die Religion, geraubt würde. Dazu böte sich am Wahltag Gelegenheit, um den bürgerlichen Kandidaten die Stimme zu geben. Als letzter Redner sprach Herr Religions- und Oberlehrer Reintgen den Anwesenden den Dank aus für ihr offenes Bekenntnis. Die Religionslehrer wüßten jetzt, daß die Brühler Bürgerschaft hinter ihnen stände, um den Kampf gegen den Unglauben mit durchzuführen. Mehr denn je müsse heute eine enge Fühlung gesucht und gefunden werden zwischen Katholiken, Protestanten und dem Judentum, damit der gemeinsame Feind erfolgreich bekämpft werden könnte und um die Bedürfnisse der neuen Zeit zu beraten. Den Geist der Eintracht betrachtete der Redner als ein gutes Vorzeichen für die kommende Wahl am 19. Januar. Das gläubige Volk verlange nicht nur, daß die Verordnungen des Berliner Atheismus aufgeschoben, sondern aufgehoben würden. Wir wollen die Jugend zu sittlichen und religiös-gefestigten Charakteren erziehen. Allen Rednern wurde der warmste Dank von den aufmerksam lauschenden Zuhörern zuteil. Man fühlte es, daß es Worte waren, die von Herzen kamen und zu Herzen gingen. Möge der einträchtige Geist, der von dieser religiösen Rundgebung ausgegangen ist, weite Kreise ziehen in der Brühler Bürgerschaft, dann wird der Erfolg am Wahltag nicht ausbleiben.

Brühl, 9. Januar. Keine Vertretung bei der Wahl. In weiten Kreisen ist die Ansicht verbreitet, daß die Frauen und Mädchen bei den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung sich durch ihre Ehemänner oder Väter vertreten lassen können. Das ist natürlich nicht der Fall. Jede wahlberechtigte Frau und jedes Mädchen muß selbst am 19. Januar an die Wahlurne herantreten und die Wahlstimme persönlich abgeben. Eine Vertretung ist in keinem Falle gestattet. Wer nicht selbst erscheint, geht seines Wahlrechtes verlustig. Auch schrift-

liche Mitteilungen sind zwecklos; ebenso sind Wahlstimmen mit Zusätzen ungültig.

Brühl, 7. Januar. Nachfolgende Ansprache des Evangelischen Ober-Kirchenrats ist den ihm unterstellten Gemeinden der evangelischen Landeskirche Preußens von den Kanzeln mitgeteilt worden: „In Sturm und Streit dieser Tage grüßen wir an der Schwelle des neuen Jahres unsere Gemeinden mit dem Gruß des Friedens, mit einem Wort brüderlicher Mahnung, in der Zuversicht getrosten Glaubens. Die Not des Vaterlandes liegt schwer auf uns. Die Sorge um das tägliche Brot drückt uns hart. Zu diesen Nöten kommt nun der Kampf um unsere heiligsten Güter, um das Segenserbe, das wir von unsern Vätern überkommen haben, um unsere teure evangelische Kirche, um die religiöse Zukunft unserer Kinder und unseres ganzen Volkes. Das Band, das Staat und Kirche Jahrhunderte hindurch verknüpft hat, soll zerschnitten, der Religionsunterricht mit Spruch und Lied, mit biblischer Geschichte und Katechismus aus der Schule entfernt werden. Damit ist die religiöse Unterweisung unserer Kinder in Frage gestellt, die notwendige Durchdringung des Volkslebens mit dem Geist des Evangeliums unmöglich gemacht. Dagegen müssen alle, die unsere Kirche lieb haben, mit heiligem Ernst sich rüsten und in Glaubenseinigkeit sich sammeln. Noch steht die christliche Gemeinde wie ein Fels in der tosenden Brandung, und im festen Vertrauen auf Gottes Hilfe und Gnade ergeht der Ruf an alle ihre Glieder: Laßt uns in Treue zu unserer Kirche und ihren Gottesdiensten halten! Kämpft den guten Kampf des Glaubens! Unterstützt nur solche Männer, die offen und klar für das Recht der Kirche und für die christliche Erziehung in Schule und Haus eintreten! Beweist euren Glauben im Leben und setzt euch für den Herrn Christus und seine Kirche in offenem Bekenntnis ein! Betet darum, daß die Zeit der Sichtung, in der wir stehen, zugleich eine Zeit der Stärkung werde! Laßt euch durch nichts den Glauben nehmen, daß der Herr, dem alle Gewalt gegeben ist im Himmel und auf Erden, seiner Kirche nicht nur neue Aufgaben, sondern auch noch neue Kräfte und neue Gaben schenken wird!

Zum neuen Jahre neuer Segen,
Zu neuem Wirken neu Vermögen,
Zu neuem Leiden neuer Mut
Und ewig Trost durch Christi Blut!

In altem Jahre alte Liebe,
Zu neuem Lieben neue Triebe,
Vorn alten Bösen neues Graun,
Zum alten Gott ein neu Vertrauen!
Ein neues Schwert zum alten Kriege,
Im alten Kriege neue Siege!

Der Evangelische Ober-Kirchenrat.

Brühl, 9. Januar. Ernennung. An Stelle des beim Brühler Knappschafts-Verein austretenden Herrn Anton Adams, wurde Herr Heinrich Kurscheid zum Knappschaftssekretär ernannt.

Brühl, 9. Januar. Schafft Luft und Licht in eure Gärten! Jetzt im Winter, da Art und Säge in den Gärten ihre Arbeit verrichten, ist der Mahnruf notwendig: Schafft Luft und Licht in eure Gärten! So mancher Gartenbesitzer kann keine Freude an seinem Garten finden, worin keine Blumen blühen und keine Gemüße gedeihen. Im tiefen Schatten der meist viel zu dicht gepflanzten Sträucher und Bäume, ist auch die Freude am Garten erstickt. Vor dieser Zeit, da man auf Ruh und Zweckmäßigkeit des Gartens wenig bedacht war, hatte der Garten durch die massenhafte Anpflanzung von Ziergehölzen seinen wirtschaftlichen Nutzen oft völlig eingebüßt. Jetzt, wo jedes Staudengartenland Gemüße bringen soll, würden die Rasenflächen ungepflastet, mit Gemüße bestellt und bei guter Düngung und Bearbeitung auch mit Erfolg gekrönt. Im tiefen Schatten, wo schon seit Jahren keine Rose mehr ihre Blüten entfaltet, Goldlack, Leuchten und Reseden ihren würzigen Duft nicht mehr spenden, da kann auch kein Gemüße gedeihen. Darum ist Luft und Licht in eure Gärten! Jetzt ist die rechte Zeit zu dieser Arbeit.

Schwadorf, 9. Januar. In der zahlreich besuchten Zentrumsvorversammlung am Montag wurde einstimmig folgender Protest gefaßt: „Wir Anhänger der Zentrumspartei protestieren aufs allerdringendste gegen die willkürlichen, kirchenfeindlichen Maßnahmen der vorläufigen Berliner Regierung. Zwar erkennen wir dankend die durch nichts mehr zu vertuschende Offenheit an, mit der die neuen Gewalthaber ihre kirchenräuberischen Gesinnungen vor der ganzen Welt bloßgestellt haben; wir sind überzeugt, daß diese vorläufige Lüsterneit nach den wohlverordneten Gütern der Kirche und die Gewissensbedrohung christlicher Eltern seitens der neuen Regierung zu guter Stunde allen christlich und gerecht denkenden Staatsbürgern die Augen öffnen werden über den Abgrund der Religionslosigkeit, der Gottentfremdung und des sittlichen Elends, in den unser deutsches Volk durch die Partei gestürzt werden soll, die sich widerrechtlich der Zügel der Regierung bemächtigt hat, aber mit gleichzeitigen Worten ihr wahres Gesicht so oft zu verbergen sucht. Wir wissen auch, daß diese Partei, die eine Partei der Freiheit und des Friedens zu sein vorgibt, durch Diktaturgelüste und schärfste Kulturkämperei, die das gerade Gegenteil von Freiheit und Friede sind, selbst den Abstieg auf dem sie steht. Allein wir halten es doch für unsere Pflicht als Christen und Staatsbürger unsererseits, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um die Absichten einer gottlosen Regierung zu vereiteln. Wir erklären es darum für ein schreiendes Unrecht, den armen, ihr Leben und Vermögen in den Dienst der Nächstenliebe stehenden Ordensschwwestern und Ordensbrüder ihre ärmlische Gabe zu rauben und sie aus dem Lande zu zwingen, nachdem sie im Kriege mit unerschöpflicher Geduld und heroischer Opfergegnung alles für die Pflege der Kranken und Verwundeten getan haben, wir bezeichnen es als einen Frevel am Volke und am Staate, die Schule zu entchristlichen

und ein Geschlecht aufzuwachen zu lassen, das von Gott und christlicher Sitte nichts weiß und heidnischer Zuchtlosigkeit unrettbar anheimfallen müßte; wir erklären die beabsichtigte Trennung von Kirche und Staat nach französischem Muster, eine Trennung von Kirche und Staat nach amerikanischem Muster ist in Deutschland ausgeschlossen — für einen Raub am Kirchenvermögen, für eine Untergrabung der Grundlagen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, für einen Frevel gegen Gottes Hoheitsrechte, der die Heilsanstalt der Kirche gegründet hat, für einen Treubruch und schwärzeste Undankbarkeit gegen die Kirche, die Erzieherin der Menschheit, die erste und bedeutendste Kulturförderin im deutschen Lande. In der einseitigen Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht ohne irgendwelchen gleichwertigen Ersatz sehen wir eine durch nichts gerechtfertigte Schädigung der Interessen der Kirche und des Staates und des gesamten christlichen Volkes, eine Rücksichtslosigkeit gegen bisherige bewährte Schulpflege. Den kirchenfeindlichen Maßnahmen können wir eine im Gewissen bindende Kraft der Verpflichtung nicht im geringsten zubilligen, weil sie gegen das natürliche Recht der Eltern gegen das unveräußerliche göttliche Recht der Kirche und gegen jedes deutsche Staatsrecht verstoßen; das Aufhebungsdekret der geistlichen Schulaufsicht hätte in unserem Bereich auch darum nicht durchgeführt werden dürfen, weil hier nur diejenigen geistlichen Bestimmungen Gültigkeit beanspruchen können, die bei Beginn der britischen Besatzung schon bestanden. Wir widersehen uns darum mit aller Entschiedenheit der Ausführung der kirchlichen Maßnahmen, begrüßen freudig das Vorgehen unserer preussischen Bischöfe, denen wir im Kampfe mit unerschütterlicher Glaubens-treue zu folgen versprechen, hoffen aber bestimmt, daß die Regierung aus eigener Initiative ihre Maßregeln gegen die Wiederaufnahme solcher Bestrebungen, eher wir in unserer Gewissensnot zu den äußersten Schritten uns gedrängt fühlen müßten. Im Hinblick auf den höchst betrübenden Mangel an Verständnis, mit dem das Berlinerium fortgesetzt die sittlichen und religiösen Gesinnungen unserer rheinischen Bevölkerung mit Füßen tritt, erheben wir auch die dringende Forderung nach Errichtung einer selbstständigen rheinisch-westfälischen Staatsgemeinschaft, wenigstens im Rahmen des freien Selbstbestimmungsrechtes, wie es der oberste Grundsatz der Volksgemeinschaft schon zugebilligt worden ist, betonen aber, daß wir einer Lostrennung vom deutschen Volke nicht im Entferntesten das Wort reden wollen. Von unseren christlich gesinnten, namentlich den treu katholischen Brüdern im deutschen Vaterlande, wollen wir uns nicht trennen, wir wollen sie nicht verlassen in diesem neuen schweren Kampfe, hoffen vielmehr zuversichtlich zu Gott, daß wir mit ihnen wie einst, glorreiche Tage siegreichen Kampfes durchkosten und in eifriger Mitarbeit mit allen ordnungsliebenden Elementen aller Parteien eine herrliche Blüte deutschen Volkes und der christlichen Kirche und Kultur in Deutschland herbeiführen werden.

Verantwortlich für die Redaktion: P. Becker, Brühl.
Druck und Verlag: Peter Becker, Brühl.

Aufruf!

Die bekanntlich stets rührige Zentrumspartei hat in 2 großen Versammlungen und durch eine erfreuliche Werbetätigkeit ihre Wähler und Wählerinnen in hiesiger Stadt mobil gemacht. Von evangelischer Seite ist bedauerlicherweise bisher nicht das Mindeste geschehen, um die evangelischen Bürger zu sammeln und aufzuklären. Ich habe mir persönlich Mühe gegeben, eine Versammlung oder Ansprache meiner evangelischen Mitbürger zustande zu bringen, doch waren meine Bemühungen nicht von Erfolg. Es ist hier zu zwar nicht zu spät, indes tut höchste Eile not. Daher wende ich mich an meine evangelischen Mitbürger mit dem Rufe: „Helft, daß sofort eine **VERSAMMLUNG** zur **Ausprache** und zur **Beschlußfassung** für die Wahlen zu der **deutschen und preussischen Nationalversammlung** zustande kommt.“ Wir müssen vereint mit unseren katholischen Mitbürgern gegen unsern schlimmsten Feind mit allen Kräften vorgehen.

C. Bauer, Bürgermeister a. D.

Unsere heimgekehrten Frontsoldaten frieren.

Warum?

Weil die

Heeresbestände an Bekleidungsstücken
z. T. beraubt

sind und

Ersatz der abgerissenen Felduniformen unmöglich ist.

Darum ist

Ablieferung des Heeresgutes

moralische Pflicht!

Nichtbefolgung ist mit schwerer Strafe bedroht.

Reichsverwaltungsamt Berlin W 8 Friedrichstr. 66

